

II- 89 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 67 11

1987 -02- 2 5

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. HAIDER, SRB, Dr. Helene PARTIK-PABLE, BLAU-MEISSNER, Dipl. Ing. Dr. KRÜNES

an den Herrn Bundeskanzler

betreffend besorgniserregende Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit

Ende Jänner 1987 waren in Österreich 234.103 Personen als arbeitslos vorgemerkt. 27,5 % davon, das sind 64.295 sind arbeitslose Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen liegt damit um 11,6 % über derjenigen des Vorjahres. Besonders beunruhigend ist die Tatsache, daß diese Zuwachsrate fast doppelt so hoch wie jene des Vorjahres ist, und erstmals seit zwei Jahren auch wieder die Zahl der arbeitslosen 15- bis unter 19-Jährigen zugenommen hat.

Dieser besorgniserregenden Entwicklung muß nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten durch konkrete Maßnahmen raschest entgegengewirkt werden.

Demgegenüber widmet die Regierungserklärung vom 28. Jänner 1987 der Frage der Jugendbeschäftigung nur einen einzigen unverbindlichen Absatz. Andererseits enthält sie jedoch eine Reihe bereits sehr konkreter Absichten auf verschiedenen anderen Gebieten, die mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer weiteren Verschärfung der Arbeitslosigkeit insgesamt und der Jugendarbeitslosigkeit im besonderen führen werden. Beispielsweise sei hier auf die angekündigte restriktive Budgetpolitik, die nur teilweise Nachbesetzung freiwerdender Dienstposten im öffentlichen Dienst und die angekündigte "Prüfung des steigenden Anfalles an vorzeitigen Pensionierungen" verwiesen.

Aber auch in der öffentliche Diskussion war auf Seiten der Bundesregierung bisher weniger das Bestreben nach positiven Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu merken als vielmehr die Bemühung neue Finanzierungsquellen zu erschließen.

- 2 -

Weder die Besteuerung des Arbeitslosengeldes noch die Einführung eines sogenannten "Arbeitsmarktförderungsbeitrages" der freiberuflich Erwerbstätigen, Bauern und Beamten, der in Wahrheit nichts anderes als eine neue Steuer darstellen würde, sind jedoch das richtige Rezept, die steigenden Arbeitslosenzahlen in den Griff zu bekommen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

1. Welche Sofortmaßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um dem bedrohlichen Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken?
2. Ist insbesondere auch an steuerliche Maßnahmen gedacht und wenn ja, an welche?
3. Ist beabsichtigt, die Beschäftigung Jugendlicher nach dem Lehrabschluß über die gesetzliche Behaltspflicht hinaus zu fördern, und wenn ja, durch welche konkreten Maßnahmen?
4. Welche bildungspolitischen Reformen sind im Hinblick auf eine zukunftsorientierte und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechende Ausbildung beabsichtigt?
5. Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um die Berufschancen der AHS-Absolventen zu verbessern?
6. Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um einerseits die Berufsberatung in den Schulen und andererseits die Beratung durch die Arbeitsmarkterwaltung wesentlich effizienter zu gestalten?
7. Welche Maßnahmen sind für schwer vermittelbare Personen, insbesondere für Behinderte beabsichtigt?
8. Welche familienpolitischen Maßnahmen zur Entschärfung der materiellen Probleme der Jugendarbeitslosigkeit sind beabsichtigt?

- 3 -

9. Gibt es Berechnungen, welche konkreten Auswirkungen sich durch die in der Regierungserklärung angekündigten Maßnahmen, wie restriktive Budgetpolitik, teilweise Nichtbesetzung freierwerdender Dienstposten und Reduzierung der Frühpensionen, auf die arbeitsmarktpolitische Situation der Jugendlichen ergeben werden und wenn ja, wie lauten diese?
10. Wird die Bundesregierung weiterhin Pläne verfolgen, das Arbeitslosengeld der Besteuerung zu unterwerfen?
11. Wird seitens der Bundesregierung die Einführung eines "Arbeitsmarktförderungsbeitrages" der freiberuflich Erwerbstätigen, Bauern und Beamten angestrebt?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.